



SGB-Medienkonferenz KVG-Revision EFAS 01.10.2024
Véronique Polito, Vizepräsidentin der Gewerkschaft Unia

Nein zu einer Reform, welche die Versorgungskrise in der Langzeitpflege weiter verschlimmert!

(Es gilt das gesprochene Wort)

Die EFAS-Reform hat gute Absichten, nämlich die Verlagerung von stationärer zu ambulanter Pflege zu fördern. Dies in der Annahme, dass diese Verlagerung langfristig zu niedrigeren Gesundheitskosten führen würde. Leider verfehlt die Reform ihr Ziel, denn anstatt echte Steuerungsmechanismen vorzusehen, beschränkt sich die Reform darauf, Kostenverschiebungen zwischen den Kantonen einerseits und den Krankenversicherungen andererseits vorzunehmen.

Die Tatsache, dass die Langzeitpflege (Pflegeheime und Spitex) in das Paket aufgenommen wurde, stellt einen der grössten Stolpersteine dar. Heute ist die Beteiligung der Versicherer und die der Leistungsempfänger an der Finanzierung der Pflegeleistungen nach oben begrenzt. Die verbleibenden Kosten müssen von den Kantonen getragen werden. So tragen die Krankenversicherungen heute 54 Prozent der Kosten in diesem Bereich, während die Kantone 46 Prozent übernehmen. Mit EFAS wird der Anteil der Kantone auf 27 Prozent sinken und der Anteil der Versicherer auf 73 Prozent steigen. Diese zusätzlichen Kosten für die Versicherungen werden sich unweigerlich auf die Prämien niederschlagen. Mit der Alterung der Bevölkerung wird sich die Lastenverschiebung von Jahr zu Jahr verschärfen.

Mit der Aufnahme der Langzeitpflege in das EFAS-Projekt hat das Parlament also den Weg gewählt, die Folgen der zunehmenden Alterung der Bevölkerung auf die Prämienzahlerinnen und Prämienzahler abzuwälzen. Dies ist eine Zeitbombe, welche die Haushaltsbudgets sprengen wird. Der Anteil, den die Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeheimen oder die Empfängerinnen und Empfänger von Spitex-Pflegeleistungen finanzieren, wird ebenfalls steigen. Die Versicherten werden also doppelt bestraft: erstens als Prämienzahlerinnen und -zahler und zweitens als Empfängerinnen und Empfänger von Pflegeleistungen.

Ein zusätzliches Risiko für die Pflegeabdeckung und das Personal

In den nächsten 15 Jahren wird die Zahl der Menschen in der Schweiz, die älter als 80 Jahre sind, um 88 Prozent steigen. In den Pflegeheimen werden schätzungsweise 35'000 zusätzliche Pflegekräfte benötigt, um den Bedarf der Gesundheitsversorgung zu decken. Das Personal fehlt jedoch bereits heute, weil die Bedingungen für die Ausübung des Berufs weder attraktiv (Löhne, Arbeitszeiten) noch den Bedürfnissen der Bewohnerinnen und Bewohner angepasst sind (Qualität der Pflege, ethische Fragen). Mit EFAS wird in keiner Weise auf diese Herausforderungen reagiert. Im Gegenteil: Durch die Abschaffung der bestehenden Finanzierungsmechanismen und die Verringerung des Engagements der Kantone wird der bereits bestehende Kosten- und Personaldruck noch verstärkt. Aufgrund von EFAS befürchten wir daher eine beschleunigte Abwanderung von Personal aus der Langzeitpflege und eine Verschärfung der Versorgungskrise.